

In Entwicklung und Erprobung:

Berufsbegleitend Studieren im ökologischen Landbau

Anforderungen der Zielgruppe an ein Studium

Ziel

Ermittlung der Zielgruppenbedürfnisse zu Studieninhalten, Lehr- und Lernformen, zeitlicher Organisation und erforderlichen Unterstützungsangeboten, um ein passgenaues Angebot zu schaffen

Ausgangssituation

Spezielle Arbeitsbedingungen im Agrarbereich wie hohe Arbeitsspitzen, Saisonalität oder nicht planbare Witterungsbedingungen stellen besondere Anforderungen an Studienaufbau und -organisation

Methodik

Qualitative Leitfadeninterviews mit potenziell Studieninteressierten und Experten der Agrarausbildung / des Arbeitsmarktes

Ergebnisse

- Studieninhalte
 - Zielgruppe und Agrarexperten sehen Bedarf an Weiterqualifizierung
 - Qualifizierung muss spürbaren Gewinn für Praxis gewährleisten
 - Interessenschwerpunkt: Kompetenz für Leitungsfunktionen (inkl. Personalführung und Ökonomie)
- Lehr- und Lernformen, zeitliche Organisation
 - Hoher Praxisbezug und Betonung von Gruppenarbeit / -prozessen
 - Präsenzphasen als Blockunterricht, v. a. im Winterhalbjahr
 - Eigenlernphasen (sowohl über Studienbriefe als auch E-Learning) benötigen zusätzliche Fernbetreuung
 - Gesamtdauer des berufsbegleitenden B.Sc.-Studiums reduziert Nachfrage
- Unterstützungsangebote
 - Hemmschwelle zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung ist hoch; Überwindung braucht Unterstützung
 - Individuelle Beratung und Begleitung vor und während des Studiums können Erfolg sichern



Quelle: www.oekolandbau.de, © BLE, Bonn, Foto: T. Stephan

Konsequenzen für Studiengangkonzeption

Die analysierten Bedürfnisse werden in die Planung integriert. Zudem wird das Konzept um ein Zertifikatsangebot erweitert, das Bedürfnisse und Interessen der Praktiker in besonderem Maße aufgreift.

Weitere Informationen: <http://www.hnee.de/bestula>, Judith.Specht@hnee.de

Die dargestellten Ergebnisse wurden im Projekt "BeStuLa" erarbeitet. Dieses wird im Rahmen der INNOPUNKT-Initiative „Mehr Durchlässigkeit in der Berufsbildung – Brandenburg in Europa“ durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg gefördert.